



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa

Juli | 2009

Inhalt	Seite
DRA Berlin zum Mord an der Menschenrechtlerin Natalja Estemirova	2
Russland Beendet die Verbrechen aus Hass in Russland auf (Dina Mingalijewa)	2
Nazi-Aschenbrödel: Geschirrwäscherin aus einem Fast-Food-Laden wurde Star der Blogger-Community (Andrej Polunin)	3
Von rassistischen Morden zum politischen Terror	6
Der Rassismus hat die großen Städte erreicht (Chawa Datschewa)	8
Statistik über die Zugehörigkeit von Jugendlichen zu verschiedenen extremistischen Vereinigungen wurde im Moskauer Gebiet durch die Polizei erhoben	8
Rumänien Neonazis ohne Grenzen? (Tudor Saratschanu)	9
Chronik	9
Impressum	10

DRA Berlin zum Mord an der Menschenrechtlerin Natalja Estemirova



Natalja Estemirova setzte sich seit Jahren für die Menschenrechte im Kaukasus ein (Foto: newsru) Rechtsachtung und kritische Öffentlichkeit durchsetzen Erklärung des Deutsch-Russischen Austausch e.V. Berlin (DRA) zum Mord an der russischen Menschenrechtlerin Natalja Estemirova

Der Deutsch-Russische Austausch Berlin (DRA) ist erschüttert über den brutalen Mord an der russischen Menschenrechtlerin Natalja Estemirova. Die 50-jährige Historikerin und Mutter einer Tochter im Schulalter ist zynisch entführt und hingerichtet worden. Mehrfach hatte sie zuvor Morddrohungen wegen ihrer unerschrockenen Arbeit für die Aufklärung von Verbrechen in Tschetschenien erhalten – darunter persönlich vom Präsidenten der Republik, Ramsan Kadyrov.

Einmal mehr zeigt dieser Mord, wie weit Russland noch von jener „Überwindung des Rechtsnihilismus“ entfernt ist, die Präsident Dmitri Medwedew proklamiert hat. Dies gilt insbesondere für einige Republiken, die wie Tschetschenien mit Duldung und teilweise aktiver Unterstützung der russischen Führung von Quasi-Diktatoren beherrscht werden. Der Umgang mit dem Mord und seine Aufklärung werden deshalb erweisen, wie ernst es Medwedew mit seinem Ziel ist.

Medwedew hat richtigerweise die Kontrolle über die Ermittlungen der russischen Generalstaatsanwaltschaft übertragen. Doch dies genügt nicht. In der traurigen Reihe politischer Morde in Russland hat dies praktisch nie zur Aufklärung der Hintergründe und zur Überführung der Täter und Auftraggeber geführt. Letztlich geht es nicht allein um die konkrete Aufklärung und Bestrafung individueller Täter, sondern um systematische Veränderungen in Staat und Gesellschaft: Es muss eine Priorität der russischen Staatsführung werden, die Menschen- und Bürgerrechte in den Behörden und Sicherheitskräften aller Ebenen und Regionen, in der Alltagskultur und im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Menschenrechtsaktivisten wie Natalja Estemirova wären bei der Verwirklichung dieses Ziels die natürlichen und besten Partner. Auch der Mord an Estemirovas bekannter Kollegin in der Zeitung Nowaja Gaseta, der Journalistin Anna Politkowskaja, fiel 2006 mit einer Tagung des „Petersburger Dialogs“ – des jährlichen Treffens der deutschen und russischen Gesellschaft – und den deutsch-russischen Regierungskonsultationen zusammen. Damals war der amtierende Präsident Putin zu schwach und zu feindselig, wenigstens nach ihrem Tod die wichtige Rolle anzuerkennen, die seine Kritikerin für Russland gespielt hat. Die Hinterleute des Mordes sind bis heute nicht aufgedeckt. Umso wichtiger ist es, dass der in München tagende „Petersburger Dialog“ sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Medwedew auf den deutsch-russischen Regierungskonsultationen diesmal klare Worte finden. Der Mord an Natalja Estemirova muss ohne Tabus diskutiert werden als klares Zeichen für ein grundsätzliches Defizit an Rechtsachtung und an Selbstverständlichkeit kritischer Öffentlichkeit in Russland und als Aufforderung, dieses Defizit zu bekämpfen. Der DRA Berlin teilt die Trauer mit seinen Partnern und Freunden in Russland, besonders den Kollegen der Menschenrechtsorganisation „Memorial“, für die Natalja Estemirova seit 2001 tätig war und mit der der DRA zurzeit ein Zentrum zur Unterstützung von Kleinunternehmen und ethnische Verständigung in der nordkaukasischen Teilrepublik Nordossetien aufbaut. Beim Begräbnis ihres im Januar ermordeten Kollegen, des Menschenrechtsanwalts Stanislaw Markelow, hatte Natalja Estemirova gesagt: „Die größte Frage ist jetzt, wer seine Arbeit fortführen wird. Aber ich bin sicher: Er hat eine ganze Gruppe von guten Anwälten in Tschetschenien herangebildet – sie werden die Arbeit übernehmen.“ Der DRA hofft und ist sich sicher, dass es trotz aller Gewalt immer weiter mutige Menschen geben wird, die sich für die Belange der Menschen- und Bürgerrechte einsetzen werden. Für diese Menschen empfinden wir große Achtung. Wir werden sie weiter nach Kräften in ihrer Arbeit unterstützen.

Dina Mingalijewa: Beendet die Verbrechen aus Hass in Russland



Barack Obama reiste nach Moskau, um sich mit dem russischen Führer Dmitri Medwedew zu treffen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights First fordert Obama auf, darauf zu bestehen, dass das Problem der durch Intoleranz motivierten Verbrechen, sogenannte hate crimes, auf die Tagesordnung des Gipfeltreffens

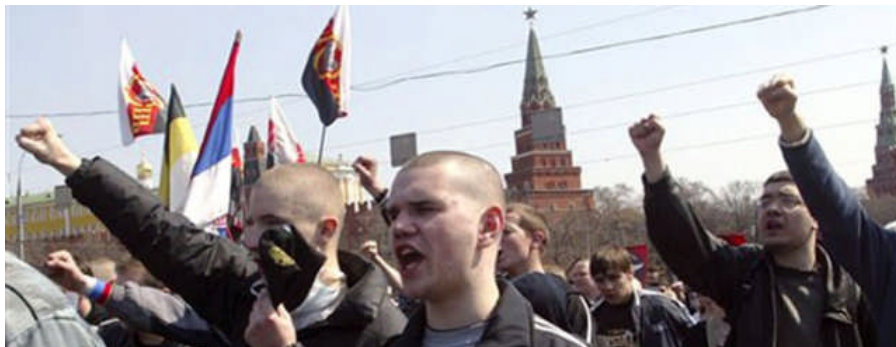
setzt wird. Die Organisation hat Präsident Obama einen Brief geschrieben. Darin wird festgestellt, dass heutzutage in Russland ein Anstieg dieser Verbrechen beobachtet wird, die Regierung aber auf diese besorgniserregende Tendenz nicht mit ausreichenden Mitteln reagiert. Dies, aber auch andere Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel die Unterdrückung von Menschenrechtlern, könne dazu führen, dass Russland ein unsicherer Partner in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Sicherheit usw. wird.

Die Organisation Human Rights First ruft den Amerikanischen Präsidenten dazu auf, das Problem der schweren Verbrechen auf dem Gebiet der Intoleranz, deren Anzahl wächst, anzusprechen.

In den letzten Jahren gab es in Russland geradezu eine Explosion bei den Aktivitäten der Neonazis und bei der Gewalt gegenüber Zugereisten – Immigranten und einfach Menschen, die ethnischen Russen nicht ähnlich sind, sagen, dass sie sich häufig an öffentlichen Plätzen nicht sicher fühlen.

Auf der Website von [Human Rights First](http://www.humanrightsfirst.org) befindet sich ein Videoclip mit Beteiligung von Aleksandr Werchowskij. Die russischsprachige Fassung findet man auf der Site von InoSMI.ru

Quelle: <http://www.inosmi.ru/translation/250284.html> 30.06.2009



Andrej Polunin: Nazi-Aschenbrödel: Geschirrwäscherin aus einem Fast-Food-Laden wurde Star der Blogger-Community



Die Geschichte von Lena Druschinina ist ein Paradebeispiel dafür, wie Blogs ein effektvolles Propagandainstrument der Rechtsradikalen werden

Die Mitarbeiter des Zentrums für Extremismusbekämpfung bei der Hauptverwaltung für Innere Angelegenheiten haben die 22-jährige arbeitslose Moskauerin Jelena Druschinina festgenommen. Das Mädchen steht seit einem Jahr auf der Fahndungsliste. Wie eine vorläufige Untersuchung feststellte, hatte Jelena schon am 12. Februar 2008 in ihrem Blog ein Kapitel aus dem Buch „Kahlköpfiges Russland-3“ unter der Überschrift „Unterstützung im Straßenterror“ veröffentlicht. Kurz darauf wurde das Verfahren gegen sie eröffnet gemäß Artikel 282 des russischen Strafgesetzbuches – „Erweckung von Sozialhass oder Feindseligkeit“.

Zitat aus dem Buch (das friedlichste):

... Möglicherweise gefällt dir ein dünnes, langes Blatt, das angenehm in die Leber dringt, oder eine lange, breite Klinge im Bauch eines Kanaken. Vielleicht auch die kurze, breite deines Freundes, der sie diesem Schwarzen in die Hals gestoßen hat, vielleicht auch... Höre auf dein Herz – es wird dir sagen, womit du töten sollst.



Experten sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Texte, die von Jelena veröffentlicht wurden, einen „offenen Aufruf zu gewalttätigen Handlungen gegenüber Vertretern nichtslawischen Äußeres enthalten, die Ideen des Nationalsozialismus propagandieren sowie Methoden des Gewaltkampfes und strafbarer Handlungen, die gegen Vertreter nichtslawischen Äußeres gerichtet sind.“ Momentan befindet sich Jelena auf freiem Fuß mit der Auflage, die Stadt nicht zu verlassen. Ihr drohen bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug.

Die Blog-Community brodelt, wobei die Sympathien eindeutig auf der Seite von Frau Druschinina liegen, die Studentin höheren Se-

mesters ist, ein Mädchen aus armer Familie, die als Tellerwäscherin in einem Fast-Food-Lokal dazuverdient hat. Kurz gesagt – eine Komsomolzin und eine wahre Schönheit. Jelena selbst schwört, dass sie den Text nur aus Dummheit platziert hat, um quasi die Autorität ihres Livejournals zu erhöhen. Das Buch ist übrigens eine detaillierte Anleitung, wie ein Gruppenüberfall mit schwerer Körperverletzung und möglichem Tod des Opfers durchzuführen ist. Zusätzlich gibt es noch eine ausführliche Beschreibung des gesamten Arsenal von Straßenwaffen, die für diesen Zweck geeignet sind. Diese Spezialliteratur lässt sich schlecht mit dem Bild einer jungen und unschuldigen Tellerwäscherin in Einklang bringen. Was tatsächlich in der Blog-Community vor sich geht, darüber räsoniert die stellvertretende Direktorin des Informations- und Analysezentrum SOWA, Galina Koschewnikowa.

- Galina, welchen Eindruck haben Sie, hat die junge Frau überhaupt verstanden, was sie in dem Posting verbreitet hat?

- *Ich glaube nicht, dass Jelena Druschinina nicht verstanden hat, was sie im Blog von sich gegeben hat. Mit 22 Jahren muss man geistig zurückgeblieben sein, um das nicht zu verstehen. Jedoch ist der Ort der Diskussion über den Vorfall die Blogsphäre. Und hier sieht alles ganz einfach aus. Die Verfolgung von Bloggern wurde in der Tat unberechtigt aufgenommen. Das erste Verfahren gegen den Blogger Sawwa Terentjew aus Syktywkar war eine seltsame Angelegenheit. (Im Februar 2007 hat der Nutzer der Internetquelle „LiveJournal“, Sawwa Terentjew, auf der Seite des örtlichen Journalisten Boris Suranow wenig schmeichelhafte Kommentare über die Arbeit der Miliz hinterlassen. Bürgerrechtler haben, nachdem sie seine Meinungsäußerung gelesen hatten, entschieden, dass der Nutzer die Milizionäre beleidigt hat und strengten einen Prozess an. Das Stadtgericht in Syktywkar hat den Blogger zu einem Jahr Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt. – Anmerkung der Redaktion) In der Folgezeit kam es bereits zu offenen politischen Verfolgungen – es sei an den Fall des Bloggers Solowjow aus der westsibirischen Stadt Kemerowo erinnert. In Kemerowo wurde Anklage gegen den Koordinator der Ortsgruppe der Jugendbewegung „Verteidigung“ (Oborona), Dmitrij Solowjow, erhoben, der nach Auffassung der Untersuchungsorgane mit seinen Äußerungen in dem Blog von „Livejournal“ Hass und Feindseligkeit gegen die Mitarbeiter des Innenministeriums und des FSB erzeugte und ihre Menschenwürde herabsetzte. Die Vorsitzenden der Bewegung „Verteidigung“ (Oborona) sind davon überzeugt, dass die Angelegenheit ihres Genossen politischer Natur ist, da er in seinem Blog nur allgemein bekannte Fakten angeführt habe. Die Blogger-Community ist bereits daran gewöhnt, dass sie für ihr Handeln nicht zur Rechenschaft gezogen wird. Zudem besteht das Besondere der Blogger-Community darin, dass viele Blogger Situationen nicht im Detail hinterfragen. So kommt es, dass sie schreiben: „das arme Mädchen hat es nicht verstanden“ und „politische Verfolgung“. Die Blogger überprüfen diese Mitteilungen nicht. Sie lesen nicht, was für einen Text das Mädchen gepostet hat. Aber die Reaktion ist bereits klar: Ohje, wie schrecklich, früher haben sie die Leute verfolgt, heute ist das überhaupt ein Alptraum. Zumal sie eine Frau ist, was für sich genommen schon besondere Gefühle hervorruft. Unterdessen darf man nicht vergessen, dass es sich bei den aktiven Mitgliedern in der Blogsphäre um Rechte und Ultra-Rechte handelt. Sie haben sich die Technologie der Diskreditierung des Ermittlungsverfahrens und der Aufdröselung spekulativer Geschichten in einer für sie günstigen Quelle erschlossen.*



- Worin besteht diese Technologie?

- Man kann sie relativ gut in drei Etappen einteilen: Die Diskreditierung des Ermittlungsverfahrens und des Gerichts, die Schaffung eines positiven Bildes vom Angeklagten und, im Falle eines sehr schweren Vergehens, die Bekanntmachung persönlicher Angaben der Geschworenen. Im Falle von Jelena Druschinina handelt es sich um das zweite Stadium: die Schaffung eines positiven Bildes der Angeklagten. Die Rechten haben gelernt, auf geschickte Weise den Moment zu nutzen. Als es 2007 zu einer Reihe von ethnisch begründeten Schlägereien zunächst in Stawropol, dann in Moskau kam – auf dem Semenowski-Platz, in dem nordwestlich gelegenen Moskauer Verwaltungsbezirk Selenograd und in Marino, einem im Südosten Moskaus gelegenen Stadtbezirk –, entwickelte sich in den Blogs ein furchtbarer Aufstand: Das ist schrecklich. Die kaukasischen Banden haben die slawische Bevölkerung terrorisiert. Und in diesem Moment wurde auf der Seite der „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ (DPNI – Dwischenije protiv nelegalnoj immigrazii) in Foren und Blogs die Information verbreitet, dass in Omsk Kasachen auf arme, unglückliche russische junge Männer eingetreten hätten, die, das versteht sich von selbst, rein zufällig die Leiter der örtlichen Abteilung der „Bewegung gegen illegale Migration“ gewesen seien. Vor der Kulisse der Schlägereien im südrussischen Stawropol und in Moskau ereignete sich eine Informationsexplosion: siehe da, und nun werden in Omsk Slawen beleidigt. Die Omsker Staatsanwaltschaft hat diese Information widerrufen, aber ihr glaubt niemand. Genauso wenig den örtlichen Behörden. Offen gesagt, das Vertrauen in den Staat ist momentan nicht besonders groß.

- Und was ist eigentlich passiert?

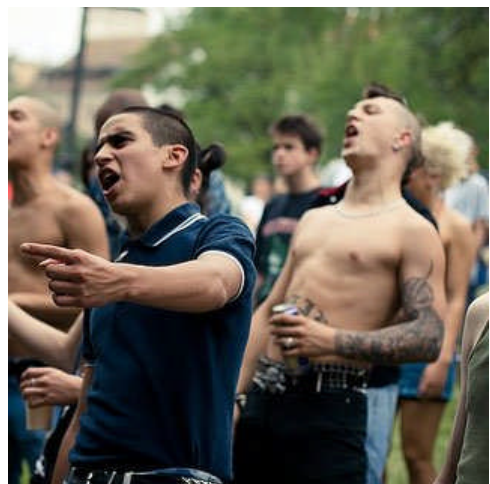
- Ach, dort war nichts weiter. Dort hatte es einige Monate vorher zwei Schlägereien gegeben, die von der DPNI provoziert worden waren. Und dann hatten sie das zu Propagandazwecken benutzt, haben richtig Reklame gemacht und haben sich ins rechte Licht gerückt. Zum Glück ist bei dieser Propagandaaktion nichts rausgekommen. Ich rede ja gar nicht von dem Fall mit Anna Beschnewa. Im September 2008 ist das 15-jährige Mädchen Anna Beschnewa im Bezirk Moschajski vergewaltigt und umgebracht worden. Bereits ein paar Tage später explodierte das Internet vor Empörung darüber, dass bisher noch kein Gerichtsverfahren eingeleitet sei und dass noch weitere 10 vergewaltigte Mädchen aufgetaucht seien. Die DPNI hielt zwei Sitzungen ab. Danach schickte jemand den abgeschlagenen Kopf eines Tadschiken an die Verwaltung des Bezirkes Moschajski – als Rache für das Verbrechen. All das wurde von der DPNI öffentlich verbreitet, und zwar eben genau in Blogs und Foren. Denn die Quellen dieser Informationen waren alles andere als seriös. Sie haben sie selbst als erste in die Diskussion gebracht und dann darauf aufbauend Mutmaßungen angestellt. Die Geschichte war eigentlich noch viel toller: Der Tadschike war im Bezirk Podmoskowski ermordet worden, sie haben uns zu SOWA ein Foto des abgetrennten Kopfes geschickt und uns mitgeteilt, wohin genau sie ihn bringen. Und nach einigen Tagen haben sie ihn wirklich der Verwaltung geschickt. Das war ein richtiges Verbrechen, aber die DPNI hat es wirklich so massiv publik gemacht, dass es fast schon Dimensionen eines Pogroms annahm. Im Bezirk musste sogar zeitweilig der Markt gesperrt werden. Das zeigt, dass Blogs jetzt das allereffektivste Propagandainstrument der Ultra-Rechten sind. Ganz zu schweigen davon, dass sie die Technologien bestens beherrschen.

- Was sind das für geheimnisvolle Technologien?

- Das sind keine geheimen Technologien. Sie streuen einfach eine Nachricht mit dem Zusatz unter die Leute: Lasst uns die ganz nach oben bringen. Und da sie in ganz Russland viele Anhänger haben, die im Internet leben, ist es kein Problem, diese Nachricht pro Person an 30-50 Leute weiterzuleiten. Ich kann jetzt auch nicht genau sagen, wie oft man eine Nachricht weiterleiten muss, damit sie im Top-Index erscheint. Aber das geht ganz schnell. Zum Beispiel hält sich Jewgeni Waljajew permanent ganz oben, obwohl er im Grunde ein kleiner Fisch ist.

- Wer ist denn Ewgenij Waljaew?

- Das war mal die rechte Hand des ehemaligen Abgeordneten Kurjanowitsch, ein ehemaliger Aktivist der DPNI. Heute ist er ein Aktivist der Vereinigung „Russisches Heiligenbild“ (Russkij Oboras). Er ist kein Skinhead mehr. Er ist aus diesem Alter raus. Aber es gibt ein Foto, wo er zusammen mit seinem Bruder einen Posten angreift. Kämpfer, so kennt man sie.



- Und? Schreibt er richtig viel?

- Ja, absolut. Ich verfolge das nicht extra, aber ich merke auch so, dass seine Nachrichten regelmäßig ganz oben auftauchen. Ich habe gesehen, wie zum Beispiel eine Kampagne zur Unterstützung von Wiktor Makarow in den Blogs die Runde machte, um die Strafverfolgung zu diskreditieren. Makarow ist ein Nationalist aus Saratow. Im März 2009 hat ihn das oberste Gericht wegen Mord an einem Usbeken verurteilt, den er Ende 2007 begangen hatte. Dem Mörder hat man kurzen Prozess gemacht, Gericht, Geschworene, Anklage und fertig. Und dann fingen sie an, in den Blogs eine Geschichte zu verbreiten: Der arme Junge, er hat ein Alibi, er ist unschuldig, er kommt aus einer unglücklichen Familie, hat weder Vater noch Mutter, nur Großmutter und Großvater. Im Internet tauchten Videoaufnahmen der Großeltern auf, in denen die alten Leute erzählten, was sie für einen guten Enkel haben und dass er nichts getan habe. Erstaunlicherweise war der Appell richtig professionell geschrieben. Danach wurden im Internet die Familiennamen der Geschworenen veröffentlicht mit dem Zusatz: Seht her, was für Kreaturen in Saratow leben, dazu ein Brief Makarows aus der Folterkammer, wie schlecht es ihm gehe und dass er unschuldig sei.

- Und, haben sie ihn ins Gefängnis gesteckt?

- Haben sie, und zwar für lange Zeit, für ein schweres Vergehen. Aber die Geschichte dauert bis zum heutigen Tag an: Ein armer, unglücklicher russischer Patriot muss leiden.

- Glauben Sie, dass die Geschichte mit Druschinina in die gleiche Kategorie gehört? Dass sie Verbindungen zu Nationalisten hatte, und dass die Nazis sie jetzt in ihren Blogs – einer Technologie, die sie sich in den letzten Jahren zu eigen gemacht haben – schützen?

- Man kann niemals mit Sicherheit sagen, ob ein Mensch Verbindung zu organisierten Gruppierungen hatte oder nicht. Aber meine eigene Erfahrung zeigt, dass man das „Handbuch zum Straßenterror“ nicht einfach so im Internet findet. Um an solche Dinge heran zu kommen, muss man sich anstrengen, muss man ein Interesse an so etwas haben. Und überhaupt: In dem Fall Druschinina laufen zwei parallele Prozesse ab. Der erste ist die Reaktion der Blogger-Szene darauf, dass es bereits eine Vielzahl von Beispielen unrechtmäßiger Anwendungen des Gesetzes auf Blogger gibt, das der Blogger-Szene mit ihren speziellen Besonderheiten Strafen auferlegt, ohne die genauen Umstände eines Falles ergründen zu wollen. Der zweite Prozess ist, dass die Rechtsextremen sich tatsächlich die Blogger-Szene als Instrument zur Manipulation der öffentlichen Meinung zu eigen gemacht haben. Im Moment ist es unmöglich zu sagen, welcher der beiden Prozesse der dominierende ist. Wenn man sich über eine Verbindung Druschininas zu irgendeiner nationalistischen Gruppierung ganz sicher sein könnte, könnte man durchaus sagen, dass diese Geschichte von der entsprechenden Gruppierung inszeniert wurde. Aber wenn sie eigenständig handelt, aus Überzeugung... Aller Wahrscheinlichkeit nach haben sich die Gruppierungen dann sehr gern der allgemeinen Kampagne angeschlossen. Und die Herangehensweise der Blogger an die Informationen war im Wesentlichen unkritisch.

Quelle: <http://svpressa.ru/issue/news.php?id=10584> 24.06.2009

Von rassistischen Morden zum politischen Terror

Aus dem Programm die Leiterin Lejla Ginatulina

Am 22.Juni hat das unabhängige Presse-Zentrum den Bericht „Frühling 2009: Von rassistischen Morden zum politischen Terror“ vorgestellt. Vorbereitet hat ihn das Informations- und Analysezentrum SOWA. Über den Inhalt des Berichts sprach einer seiner Autoren, der **Direktor des Zentrums SOWA, Aleksandr Werchowski**:

Uns wurde der regelmäßig einmal alle drei Monate erscheinende Saisonbericht vorgestellt, der Bericht über die Ereignisse des Frühlings. Er beleuchtet folgende Themen: Verbrechen aufgrund von Rassenhass, weitere Erscheinungsformen ethnischer oder religiöser Fremdenfeindlichkeit, die Mittel, die der Staat im Kampf dagegen einsetzt, und die Erscheinungsformen nationalistischer Ideen in der Öffentlichkeit zu dieser Zeit. Das Dauerthema: Wie die Behörden in ihrem Widerstand gegen die Fremdenfeindlichkeit immer wieder ihre Stellung missbrauchen.

Wir betrachten nicht den einzelnen Fall, außer bestimmter besonders herausragende Episoden. A propos, uns wurden seit dem Frühling sehr wenige Fälle von Ermordeten bekannt. Wir vermuten, dass dies teilweise tatsächlich von einem kleinen Rückgang der Gewalt im Vergleich zum letzten Frühling zeugt. Doch es scheint uns vielmehr, dass das Problem in einem unerwarteten Informationsdefizit liegt. Irgendwelche Rückgänge an Informationen, die man schwer erklären kann. Wenn es irgendeinen Aufsehen erregenden Fall gibt, den kann man natürlich nicht verheimlichen. Im Prinzip, woher stammen denn die Informationen gerade über regionale Journalisten? Einfach aus den Berichten der Miliz, die die Pressezentren des Innenministeriums zur Verfügung stellen, und dort hängt alles davon ab, wie sie ihre Veröffentlichungen schreiben. Wenn dort irgendwelche

Details erwähnt sein sollten, die man uns vorzulegen bereits bewilligt hat, Details darüber, dass ein Verbrechen aufgrund von Rassenhass begangen wurde, wenn irgendetwas bekannt wird, dann könnten wir weiter in die Tiefe gehen. Wenn dort die entsprechenden Stellen weggelassen werden, so wird die Information nicht sichtbar. Es ist nicht so, dass die Fakten selbst nicht mitgeteilt würden. Nicht mitgeteilt werden die Details, und ohne die bleibt alles unverständlich.

Die Situation ändert sich zunehmend. In diesem Frühjahr haben sich einige neofaschistische Gruppierungen – lassen sie es uns einmal so ausdrücken – die Freiheit genommen, zu einem gewaltsamen Kampf gegen die Staatsmacht aufzurufen und nicht mehr nur gegen ethnisch fremde Elemente, wie es in deren Sprachgebrauch heißt. Völlig unverhohlen erklärten sie, dass man, grob ausgedrückt, ohnehin nicht alle Gastarbeiter erschlagen könne, deshalb müsse man gegen das System ankämpfen. Traurigerweise erntete ihr Aufruf, am 5. Mai einen Angriff auf die Strafverfolgungsbehörden zu starten, große mediale Aufmerksamkeit (insgesamt betrachtet, war die Propagierung der Presse ziemlich nutzlos, um es direkt zu sagen), dennoch stellen diese Angriffe eine völlig neue Entwicklung dar. Bis dato gab es zwar Fälle, in denen Neonazis auf Milizionäre losgingen, doch handelte es sich dabei meist um Ausnahmen wie zum Beispiel der Racheakt für ihren Kampfgenossen Maxim Basylew, der sich, offiziellen Angaben zufolge, in Isolationshaft das Leben genommen hatte. Die Neonazi-Szene wiederum war davon überzeugt, dass er umgebracht wurde.

Faktisch entspricht dies einer solchen Racheaktion der Miliz.

In einigen Regionen, vor allem in Moskau, beschäftigen sich die Strafverfolgungsbehörden intensiv mit organisierten Gruppierungen, die Gewalttaten begehen. Einige dieser Gruppen befinden sich mittlerweile unter enormem Druck, besonders diejenige, der Maxim Basylew angehörte. Doch wie man sieht, wehren sie sich und lassen sich nicht einfach so unter Druck setzen. Der Kampf, gelinde gesagt, ist noch längst nicht entschieden.

Die Situation in Moskau lässt sich natürlich nicht einfach auf ganz Russland übertragen. Doch lässt sich hier der Großteil solcher Verbrechen beobachten, und dies nicht nur deshalb, weil es sich bei Moskau um eine derart große Stadt handelt, sondern auch, weil von Moskau aus diese Bewegung ihren Ursprung hat. Und in der Tat gibt es hier nach wie vor sehr viele Gruppierungen, die zu Gewalttaten neigen. Sie sind am besten organisiert und am besten vorbereitet. Die Häufigkeit, mit der solche Verbrechen begangen werden, ist hier besonders hoch. Und auch wenn die Hauptstadt und die städtischen Behörden dieser Entwicklung immer größere Aufmerksamkeit schenken, sind in Moskau vor allem die zuständigen Stellen im Innenministerium immer aktiver geworden, was nicht allzu sehr überraschen sollte. Erst bei genauerer Betrachtung der Verbrechensstatistik wird offensichtlich, wie unverhältnismäßig dies ist.

Am wichtigsten ist jedoch, festzuhalten, dass die Gewalttaten rassistischer Gruppierungen immer gefährlicher werden. Handelte es sich früher meist im äußersten Fall um Überfälle auf den Straßen mit Stöcken oder Schlägern, so handelt es sich heute um wohl geplante Anschläge mit Brandsätzen oder Sprengstoffen, verübt von streng organisierten Gruppen, die sämtliche Details perfekt vorbereitet haben und dementsprechend nur schwer aufzuspüren sind. Selbst Nikolaj Patruschew (der ehemaliger FSB-Direktor – Anm. d. Übers.) räumte ein, dass diese Gruppierungen als Bedrohung der nationalen Sicherheit eingestuft werden müssen. Auf der anderen Seite befinden sich die politischen national-radikalen Organisationen wie die „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ (DPNI) und andere Gruppen seit dem letzten Jahr in einer ziemlichen „Krise“. Denn der politische Nationalismus erfährt durchaus keine neue Blütezeit, es sind die Zahlen der Gewalttaten, die immer weiter ansteigen.

Mit diesem beunruhigenden Verhältnis, als solches muss man es bezeichnen, sollte man sich jedoch besser letztlich auseinandersetzen, als es bloß auszumerzen zu versuchen. Die Gegenmaßnahmen konzentrieren sich allerdings bislang leider meist nur auf Propaganda, was natürlich auch wichtig ist, was der Gewalt aber kaum Einhalt gebietet. Mit anderen Worten, es gibt durchaus positive Veränderungen, doch diese sind offensichtlich bislang unzureichend. Dabei verstärkt sich mit jeder Saison die Tendenz, die Gesetzgebung zum Antixtremismus rechtswidrig zur Anwendung zu bringen. Dies betrifft dann auch die unterschiedlichsten Gruppierungen, die weit davon entfernt sind, wirklich antigesellschaftliche Ziele zu verfolgen.

Den gesamten Vortrag finden Sie unter:

<http://www.polit.ru/analytics/2009/06/23/spring09.html>

Quelle: <http://www.svobodanews.ru/content/transcript/1759577.html> 22.06.2009

Chawa Datschewa: Der Rassismus hat die großen Städte erreicht

Der Beauftragte für Menschenrechte in Russland, Wladimir Lukin, erklärte auf der Internationalen Konferenz zu Problemen von Rassismus und Xenophobie, dass die Rassendiskriminierung in Russland vielfach mit der undurchdachten Migrationspolitik zusammen hängt.



„Einerseits braucht Russland dringend die Menschen – sowohl wegen des großen Territoriums als auch wegen der demografischen Situation. Andererseits gibt es Metropolen mit Überbevölkerung, die zur Quelle von Problemen durch Rassendiskriminierung geworden sind. Eine zielgerichtete Strategie ist notwendig“, meint der Ombudsmann.

Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die neue Regierungskommission zur Migrationspolitik diese Lücke füllen wird. Die Verordnung über die Bildung der Kommission wurde Ende Mai veröffentlicht, aber die Zusammensetzung der Kommission ist noch nicht bestätigt.

Nach den Worten Lukins sind in die vorläufige Liste der Kommission keine Menschenrechtsvertreter aufgenommen worden. *„Ohne diese wird die Kommission zu einer der nächsten, die über die Fälle innerhalb der Behörden redet. Ich musste ein wenig daran arbeiten, dass Menschenrechtler jetzt in ausreichender Qualität und maßgeblicher Anzahl in die Kommission kamen“*, teilte er mit.

Ein anderer Konferenzteilnehmer, der Stellvertretende Leiter der Verwaltung zur Überwachung der Einhaltung von Gesetzen zur föderalen Sicherheit, internationalen Beziehungen und Bekämpfung von Extremismus, Generalstaatsanwalt Aleksej Schafjarow, teilte mit, dass die Zahl extremistischer Verbrechen in den letzten Jahren nach offiziellen Angaben um mehr als 30% angestiegen ist. In vier Monaten wurden 187 Verbrechen verübt, im gleichen Zeitraum 2008 waren es 114. *„Natürlich hat die ökonomische Krise dazu beigetragen. Die Verteilung der Verbrechen konzentriert sich auf die großen Städte. Die größte Anzahl solcher Straftaten wurde in Moskau, Sankt Petersburg, Tartarstan und im Gebiet von Nischni Nowgorod verübt“*, erklärte Schafjarow.

Die Vertreterin des Europarates und Stellvertretende Sekretärin der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, Claudia Lahm, ist der Ansicht, dass das Problem des Rassismus ein gemeinsames für Russland und Europa sei. *„Auch russischsprachige Migranten in anderen Ländern sind Unterdrückungen unterworfen. So können sie z. B. aufgrund von Diskriminierung keine Arbeit finden“*, erklärte sie dem Korrespondenten von „Gaseta“.

Quelle: <http://www.gzt.ru/politics/2009/06/03/223032.html> 04.06.2009

Statistik über die Zugehörigkeit von Jugendlichen zu verschiedenen extremistischen Vereinigungen wurde im Moskauer Gebiet durch die Polizei erhoben



Seit Anfang 2009 haben die Mitarbeiter der Miliz im Moskauer Gebiet mehr als 140 Kinder registriert, die in verschiedene extremistische Organisationen eingetreten sind. Das ist etwa 1,5 mal mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, teilte am Donnerstag der Abteilungsleiter zur Sicherung der Tätigkeit der Abschnittsbevollmächtigten der Polizei und der Gliederungen für die Angelegenheiten Minderjähriger im Moskauer Gebiet, Gennadi Jakowlew, mit.

„In fünf Monaten des laufenden Jahres wurden im Moskauer Gebiet 145 Kinder registriert, die in verschiedene extremistische Organisationen eingetreten sind. Unter ihnen sind etwa 75 Skinheads, die anderen gehören zur National-Bolschewistischen Partei (NBP) und anderen Bewegungen“, sagte Jakowlew auf einer Pressekonferenz der russischen Nachrichtenagentur RIA.

Nach Angaben der Staatlichen Innenverwaltung haben die Mitarbeiter der Polizei von Januar bis Mai 2008 in der Region 93 Jugendliche festgestellt, die Mitglieder in verschiedenen extremistischen Organisationen geworden sind. Sie alle wurden in der Statistik erfasst.

„Die extremistischen Elemente unterschiedlicher Richtungen schlafen nicht, sie müssen ihre Reihen mit neuen Mitgliedern auffüllen, aber woher sollen sie sie nehmen? Natürlich aus dem Kreis der Jugend, der Kinder. Minderjährige ordnen sich in der Regel schnell unter den Einfluss dieser Romantik und des Kämpfertums seitens der verschiedenen Arten nicht formeller, besonders extremistischer Vereinigungen“, bemerkte der Vertreter der Innenverwaltung.

Nach seinen Worten leisten die Mitarbeiter der Polizeiabteilungen für die Angelegenheiten von Minderjährigen erzieherische Arbeit mit den „schweren“ Kindern, führen Aufsicht über ihre Freizeitbeschäftigungen in der unterrichtsfreien Zeit.

Quelle: <http://center.rian.ru/society/20090625/81910698.html> 25.06.2009

Rumänien

Tudor Saracianu: Neonazis ohne Grenzen?

Die rumänische Bewegung „Die Neuen Rechten“ verbrüdernd sich mit den russischen Neonazis



Die Informationen, die von der rumänischen Zeitung „Ziua“ veröffentlicht wurden, kann man mit dem gesunden Menschenverstand nicht begreifen. Es stellt sich heraus, dass auf dem Staatsgebiet, das im Vergleich zu anderen Ländern unvergleichbar große Summen in die Bekämpfung des Faschismus investierte, weiterhin die neonazistische Organisation mit einem breiten Netz in ganz Europa aktiv ist. Die Rede ist vom „Euroasiatischen Verband der Jugend“ (JeAS - Jewroasiatski sojus molodeschi), der auf dem russischen Territorium wirkt. Gegenwärtig hat er 60 Regionalabteilungen. Seine Zweigstellen sind in der **Ukraine**, in der **Republik Moldau**, unter anderem auch in **Transnistrien**, in **Belarus**, in **Großbritannien**, in der **Türkei** und in **Polen**. Auch bestehen enge Beziehungen zwischen dieser und der rumänischen Organisation „Die Neuen Rechten“.

Die Zeitung „Ziua“ offenbarte in einem Artikel mit der Schlagzeile „Der rumänisch-russische faschistische Verband“ widersprüchliche und seltsame Einzelheiten über das Treffen von Neonazis der Organisation „Die Neuen Rechten“ (Leiter: Tudor Ionescu) mit ihren „Brüdern“ des russischen „Euroasiatischen Verbands der Jugend“ (Leiter: Pavel Sarifulin) in Bukarest. Dabei bezieht sie sich auf eine Reihe von ukrainischen Internetseiten (Informburo.org, Uadaily.net).

Die Vertreter dieser Organisationen schworen feierlich auf dem Grab des Begründers der rumänischen „Eisernen Garde“ Corneliu Zelea Codreanu, „die orthodoxe Revolution in den eigenen Ländern zu verwirklichen“. Wie soll sie aussehen und welche Ziele verfolgt sie? Mit dem Verweis auf die ukrainischen elektronischen Medien schreibt „Ziua“, dass beide Leiter der Neonazis anmerkten, „die Existenz der Ukraine entspräche nicht den Interessen des russischen und rumänischen Volkes“. Ionescu und Sarifulin vereinbarten, die Schwerpunkte ihrer Arbeit auf „zwei Prioritätsfaktoren“ zu richten: „die Republik Moldau und die Ukraine“. Aber der Ideologe der rumänischen Bewegung „Die Neuen Rechten“ dementierte diese Meldung in der ukrainischen Presse. Des Weiteren bestreitet er die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen den Organisationen „Die Neuen Rechten“ und JeAS. In diesem Vertrag geht es angeblich um die Gründung „eines zukünftigen Großrumänlands, welches an das Großrumänien grenzt“. Aber sind die Gerüchte nicht berechtigt, wenn zweifellos eines der Hauptziele der rumänischen Neofaschisten der Beitritt der ukrainischen Bukowina zu Rumänien ist? Beispielsweise teilt Tudor Ionescu dem Korrespondenten von „Ziua“ mit, dass er den Fakt über das Abschließen einer solchen Vereinbarung zwischen seiner Organisation und der russischen demonstrativ negiert. Gleichzeitig unterstützt er die Position Rumäniens bei der Aberkennung des Hitler-Stalin-Paktes und zeigt die Ziele seiner Organisation auf: „Ungeachtet unserer Ablehnung gegenüber dem Pakt wünschen sich „Die Neuen Rechten“ nicht, dass die Ukraine als Staat verschwindet. Wir sind Vertreter der bürgerlichen Bewegung, und unsere Interessen richten sich nach dem Schutz der nationalen Interessen von Rumänen. Ich spreche über das Großrumänien von 1918.“

„Die Neuen Rechten“ bestätigten die Worte ihres Leiters mit der Teilnahme an den Pogromen in Chisinau am 7. April 2009. Ionescu, wie die Zeitung mitteilt, leugnete das Treffen mit den Vertretern der russischen Neonazis nicht. Ihr Treffen erinnerte, so „Ziua“, an „die Frische des Windes im Frühling, denn sie haben gemeinsame Ziele“. Geht die Welt unter? Duftet das Treffen der Neonazis schon nach dem Frühlingswind? Und warum nimmt Bukarest offiziell keine Stellungnahme dazu?

Quelle: <http://www.nm.md/daily/article/2009/06/19/0303.html> 19.06.2009

Chronik

Polizeiliche Registrierung für Migranten – Extremismus?



Im Juni 2009 führte die Stadtverwaltung der Stadt Njagan im Autonomen Kreis der Chanten und Mansen eine Informationsveranstaltung über präventive Maßnahmen gegen Extremismus durch. Dabei ging es um Hauseigentümer, die Migranten bei sich registrieren.

Im Zuge der Veranstaltung wurde beschlossen, dass kommerzielle Registrierungspraktiken ausländischer Staatsbürger überprüft werden sollen, um Verletzungen der Staatsangehörigkeitsgesetze und der Vorschriften zur Verhinderung illegaler Migration vorzubeugen und aufzudecken. Das Zentrum vertritt die Meinung, dass allein die Tatsache, dass Migrationsfragen im Zusammenhang mit Antiextremismus behandelt werden, zumindest von völliger Inkompetenz der Stadtregierung spricht.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/89CCE27/89CD2B5/D2B3C23> 25.06.2009
<http://www.t-l.ru/news/124573940410862.shtml>

Mehrtägige Propagandakampagne des „Slawischen Verbandes“ in Wladiwostok

Beginnend mit 23. Juni 2009 führten Aktivisten des „Slawischen Verbandes“ (SS, Slawjanski Sojus) im Stadtzentrum von Wladiwostok eine mehrtägige Agitationskampagne durch.

Neben dem Kino „Ussuri“ und dem Kaufhaus „GUM“ wurde ein Propagandastand des Verbandes errichtet. Die Aktivisten verteilten Flugblätter mit dem Aufruf, dem Slawischen Verband beizutreten. Rechtsradikale erklärten, dass die Aktion mindestens eine Woche dauern solle.

Die Aktion wird unter anderem von Aleksandr Komarow durchgeführt, obwohl am 9. Juni 2009 am Gericht des Lenin-Bezirks von Wladiwostok eine Strafgerichtsverhandlung gegen ihn eröffnet wurde. Komarow steht wegen Verletzung von § 1 Abs. 282 (Aufwiegelung bzw. Verhetzung) und § 1 Abs. 280 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (öffentlicher Aufruf zu extremistischen Handlungen) vor Gericht.

Quelle: Basierend auf Materialien rechtsradikaler Webseiten
<http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/D29F102> 24.06.2009

Hakenkreuzschmiererei an der Tür des jüdischen Gemeindezentrums von Abakan

Am 19. Juni entdeckten Mitarbeiter und Ehrenamtliche der Jüdischen Gemeinde von Abakan ein hingeschmieretes Hakenkreuz an ihrer Eisentür, als sie morgens ins Büro kamen. Die Räumlichkeiten der Gemeinde befinden sich auf einem gemeinsamen Flur mit anderen Organisationen, es gibt also keinen Zweifel, gegen wen und aus welchem Grund sich die Schmiererei richtete. Nach einer Anzeige nahm die Miliz die Untersuchung des Falls auf, berichtet Grigori Pechotnik, Leiter der Jüdischen Gemeinde.

Quelle: <http://base.ijc.ru/new/site.aspx?SECTIONID=244662&IID=605805> 23.06.2009

Impressum

Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

Übersetzung: Kerstin Dalljo, Liv Drinnenberg, Sabine Erdmann-Kutnevic, Astrid Hager, Anne Kauer, Holger Löbell, Patricia Montag, Ingrid Mueller

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org